



Veronika Bellmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
EU-Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 77607
📠 (030) 227 – 76602
✉ veronika.bellmann@bundestag.de
www.veronika-bellmann.de

Veronika Bellmann MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert MdB

Wahlkreisbüro

Erbische Straße 5
09599 Freiberg
☎ (03731) 212967
📠 (03731) 459446
✉ veronika.bellmann@wk.bundestag.de

Berlin, den 26. Oktober 2011

Erklärung zum Abstimmungsverhalten gemäß § 31 GO-BT

Enthaltung

Aus dem zur Abstimmung gestellten interfraktionellem Entschließungsantrag befürworte ich ausdrücklich den Vorschlag eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, die Vorschläge die die Unabhängigkeit des EZB zu stärken sowie die Vorschläge für eine angemessene Parlamentsbeteiligung im weiteren Verfahren.

Schlussfolgernd aus meiner grundsätzlichen Ablehnung der Rettungsschirmpolitik und meinem bisherigen Abstimmungsverhalten zu den jeweiligen Beschlüssen lehne ich jedoch jegliche Form von Optimierungsmodellen der EFSF i.S. einer Hebelung ab, da außerdem deren mögliche Instrumente dem Bundestag nur äußerst unvollständig und intransparent dargestellt vorgelegt wurden.

Aus Vorgenanntem leitet sich ein differenziertes Abstimmungsverhalten mit dem Votum „Enthaltung“ ab.

Begründung:

Das bisherige Konzept der "Euro-Rettung" Altschulden mit immer neuen Schulden bekämpfen zu wollen ist nicht aufgegangen. Auch die in immer kürzer werdenden Abständen erfolgten Aufstockungen haben das Grundproblem der Überschuldung einiger Mitgliederstaaten, ihre schlechten Haushaltführung, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sowie die zu geringe Eigenkapitalausstattung des gesamten Bankensektors incl. Schattenbanken sind nicht gelöst. Lediglich die ständig wachsenden Risiken wurden erfolgreich auf die Steuerzahler überwältzt. Außerdem ist der einzige, der Erfahrung mit derartigen Instrumenten hat, der IWF, nicht mehr zwingend bei den Rettungsaktionen dabei.



Veronika Bellmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
EU-Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Probleme aus der Staatsschuldenkrise und der Bankenkrise türmen sich mittlerweile zu einer immer bedrohlicher werdenden Bugwelle auf, die weder durch riskante Rettungsschirme und schon gleich gar durch fragliche Hebelungsinstrumente derselben abgebaut werden kann.

Die Folge dieser verfehlten Rettungspolitik, in der nicht „wertvolle Zeit gekauft“, sondern „wertvolle Zeit verschwendet“ wurde, ist, dass der immer kleiner werdende Teil der Geberländer erstens immer erpressbarer und zweitens überfordert zu werden droht. Die Meldungen, dass Risikoprämien auf Bundesanleihen bereits über den britischen Staatspapieren liegen, sind alarmierend und zeigen, dass Deutschlands Bonität weder Gott gegeben noch für die Ewigkeit bestimmt feststeht.

Das nun im Falle von Griechenland endlich ein Schuldenschnitt erfolgen und mit einem entsprechenden Sanierungsplan begleitet werden soll, ändert allerdings wenig an dem Fakt, dass die bisherige „Konkursverschleppung“ nunmehr im Vergleich zur Leistungskraft dieses Landes unverhältnismäßig teure Insolvenzplanmaßnahmen erfordert. Das gilt auch für die i.d.Z. notwendige Rekapitalisierung der Banken, teilweise auch die der EZB, weil sie sich in den Schuldnerländern übermäßig engagiert hat.

Ich bin dennoch der Meinung, dass ein temporärer Austritt Griechenlands aus der Währungsunion oder die Einführung einer Parallelwährung zwecks innerer Abwertung nicht ausgeschlossen werden darf.

Alle bisherigen vermeintlichen Rettungsmaßnahmen hatten den Effekt: „Die Banken gewinnen immer, der Steuerzahler haftet, das Problem wird in die Zukunft vertagt“ (Zitat BVMW). Da hat m.E. politisches Wunschdenken, ökonomische Realitäten auszublenden versucht. Das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Optimierungsmodelle zu diesen Rettungsschirmen mit dem Ziel einer Hebelwirkung verschärfen die Situation im Hinblick auf die Ausfallrisiken zusätzlich. Sie bedeuten zwar nicht direkt eine Ausweitung des Gewährleistungsrahmens, aber indirekt schon, da sich das Haftungsrisiko für die Steuerzahler vervielfacht. Schließlich soll die EFSF auch nur nachrangig zu den Privatgläubigern eingetragen werden.

Mit Modellen bzw. Produkten vergleichbar mit Kreditausfallversicherung (CDS) bekam seinerzeit die Wirtschafts- und Finanzkrise gefährliche Radialkräfte. Es ist doch paradox, wenn wir nun selbst solche Produkte kreieren und vom Steuerzahler auch noch mehrfach absichern lassen.



Veronika Bellmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
EU-Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Märkte werden sich, wenn überhaupt, nur für kurze Zeit beeindrucken lassen. Im Übrigen ist das weltweite Vorhandensein von Risikokapital auch begrenzt. Ob dies dann ausgerechnet in den Optionsmodellen der EFSF angelegt wird, kann bezweifelt werden. Zu befürchten ist, dass die Gefahr des Ausfalls steigt, weil tatsächlich Milliarden oder sogar Billionen abgerufen werden und damit Spar- und Reformanreize trotz der teilweisen Konditionierung umgangen bzw. ausgehebelt werden.

Was an „Steuerungsinstrument“ dann nur noch verbleibt, ist das Mittel der Inflation. Dazu ist keine Parlamentsbeteiligung erforderlich. Deren Auswirkung auf die Ersparnisse, Lebensversicherungen usw. der deutschen Bürger und damit auf den sozialen Frieden in unserem Lande wird verheerend sein. Zumal das Interesse der Mitgliedsstaaten ungebrochen zu sein scheint, die EZB weiterhin mit der Schuldenmonetarisierung zu betrauen, wird ihr über kurz oder lang nur das Anwerfen der Druckerpresse übrig bleiben.

Veronika Bellmann MdB